



20. Juni 2023

AI-Index Nummer: MDE 15/6906/2023

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

MÜNDLICHE STELLUNGNAHME

Punkt 2: Interaktiver Dialog mit dem Unabhängigen Internationalen Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen zu dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Ostjerusalem und in Israel

Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

53ste Sitzung

19. Juni – 14. Juli 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

Amnesty International begrüßt den Untersuchungsausschuss zu dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Ostjerusalem und in Israel und seinen Bericht, der den aktuellen vielfachen und mannigfaltigen Druck auf die Zivilgesellschaft im Detail beschreibt und Wege empfiehlt, diesen zu abzumildern.

Der Ausschuss hat festgestellt, dass die Ausschaltung zivilgesellschaftlicher Stimmen durch die israelischen Behörden untrennbar mit deren Ziel verbunden ist, sein System der Unterdrückung auf Kosten der Rechte des palästinensischen Volkes sicherzustellen und weiter zu verankern. Amnesty International hat in ihrer Analyse festgestellt, dass der diskriminierende und willkürliche Einsatz von Antiterrormaßnahmen durch die israelischen Behörden das System der Apartheid gegenüber Palästinenser*innen zementiert. Das ohnehin vorhandene Klima der Einschüchterung, Delegitimierung und Repression gegen jene, die zu einem Ende der Unterdrückung und Herrschaft aufrufen, ist von den israelischen Behörden noch weiter verschärft worden, indem sie führende palästinensische Organisation der Zivilgesellschaft als „Terrorgruppen“ auswiesen und ihre Büros durchsuchten. Die Deportation des Menschenrechtsverteidigers Salah Hammouri, nachdem ihm sein Einwohnerstatus für die Stadt Jerusalem entzogen wurde, und die fortlaufende willkürliche Inhaftierung des Entwicklungshelfers und gewaltlosen politischen Gefangenen Mohammad al-Halabi sind nur zwei der jüngsten Illustrationen des menschlichen Tributs dieser Unterdrückung.

Wir fordern alle Pflichtenträger dringend auf, die Empfehlungen des Berichtes vollständig umzusetzen. Die Staaten fordern wir dringend auf, den Ausschuss bei der Erfüllung des Mandats, das der Rat ihm übertragen hat, zu unterstützen und sich diesem nicht in den Weg zu stellen. Amnesty International betont erneut seine seit langer Zeit bestehende Forderung an Israel, alle diskriminierenden und unterdrückerischen Maßnahmen gegen Palästinenser*innen aufzugeben und sein System der Apartheid – das die Wurzel des Übels dieser Unterdrückung ist – abzubauen. Wir fordern die anderen Staaten dringend auf, ebenfalls Druck auf Israel auszuüben, sodass dieses seinen internationalen rechtlichen Verpflichtungen nachkommt, auch indem es dieses System der Unterdrückung und Herrschaft beseitigt.

Vielen Dank, Herr Präsident.